

Anträge und Anfragen der Grünen Alternative am 28. April 2010

ANTRAG Neuauflage des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans Nr. 7460E für das Invalidenhaus-Areal (BRInnen Diawara, Mag. Jordan, Frank, Dr. Brandl-Berger, Mag. Klaninger und Risha, S-651/10)

ANTRAG Errichtung eines Aussichtsturms auf dem Roten Berg (BRInnen Dr. Brandl-Berger, Diawara, Frank, Mag. Jordan, Mag. Klaninger und Risha, S-652/10)

ANTRAG Information über die Pläne der Nachnutzung des Afritsch-Heim-Areals ab 1.1.2011 (BRInnen Diawara und Mag. Jordan, S-653/10)

ANTRAG Ermöglichung eines "Land art"-Projekts beim Afritsch-Heim (BRInnen Dr. Brandl-Berger, Diawara, Frank, Mag. Jordan, Mag. Klaninger und Risha, S-654/10)

ANTRAG Beschleunigte Errichtung des gewidmeten Kindergartens in Speising (BRin Diawara, S-655/10)

ANTRAG Ästhetisch anspruchsvollere Gestaltung der Gehsteigabgrenzung zur Fahrbahn des Hietzinger Kais im Bereich der U-Bahn-Station Ober St. Veit (BR Mag. Jordan, S-656/10)

ANTRAG Evaluierung der Verkehrslösung im Bereich Auhofstraße/Stampfergasse (BRInnen Mag. Jordan und Diawara, S-657/10)

ANTRAG Durchsetzung von Tempo 30 in der Wittgensteinstraße (BR Mag. Jordan und Diawara, S-658/10)

ANTRAG Überprüfung des Halteverbots Eitelberggasse 24 (BRin Dr. Brandl-Berger, S-659/10)

ANTRAG Erstellung eines Bezirks- und Verkehrsentwicklungsplans für Hietzing (BR Frank/GRÜNE, gemeinsam mit BR Unterwieser/SPÖ, S-660/10)

ANFRAGE betreffend die Verwendung des Öffentlichkeitsarbeits-Budgets im Jahr 2009 (BR Frank, S-664/10)

ANFRAGE betreffend Gutachten über Baumfällungen an der Nazarenerwiese (BRin Diawara, S-665/10)

Die BezirksrätInnen Andrea Diawara, Mag. Gerhard Jordan, Walter Frank, Dr. Lore Brandl-Berger, Mag. Bettina Klaninger und Ingrid Risha (GRÜNE) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen eine Neuauflage des Plandokuments Nr. 7460E, das "Invalidenhaus-Areal" in Speising betreffend, in die Wege leiten und dabei die bei der AnrainerInnenbefragung im März 2010 mit großer Mehrheit ausgedrückten Wünsche (z.B. Ablehnung eines Zubaus an der Stranzenberggasse) berücksichtigen.

BEGRÜNDUNG

Die Änderung des Flächenwidmungs- und Bbauungsplans für das in einer Ortsbild-Schutzzone befindliche Areal zwischen Hochheimgasse, Stranzenberggasse und Fasangartengasse (öffentliche Auflage bis 8. April 2010) führte zu heftigen Diskussionen.

Eine Befragung von 204 AnrainerInnen durch Bezirksvorsteher DI Gerstbach ergab - laut Mitteilung in der Präsidiale am 12. April - ein vorläufiges Ergebnis, das eindeutiger kaum sein könnte: Bei einem Rücklauf von über 38% sprachen sich 62,8% gegen jeglichen Zubau sowie gegen eine Tiefgarage an der Stranzenberggasse aus! Lediglich 15,4% sagten ohne Vorbehalt Ja zur Garage, gar nur 9% wollten den Zubau in der vorgeschlagenen Höhe.

Diese deutliche Willensäußerung rechtfertigt eine Neuauflage u.a. mit Rückwidmung des Bereiches des derzeitigen Flachbaus der Behindertenwerkstätte (Widmung Bauklasse I mit 6,5m) auf "G" (gärtnerisch auszugestaltende Fläche).

Folgende Argumente sprechen für eine Neuauflage:

- Das eindeutige Ergebnis der Befragung (siehe oben).
- Die Tatsache, dass im Erläuterungsbericht zum Plandokument in der öffentlichen Auflage die Ein- und Ausfahrt zu einer Tiefgarage mit 210 Stellplätzen an der Stranzenberggasse unter Berufung auf ein "entsprechendes Verkehrsgutachten" verteidigt wurde, dieses Gutachten jedoch nirgends öffentlich auflag bzw. einzusehen war.
- Die irreführende Darstellung im Rotdruck, bei dem weder die tatsächlich bestehenden Baulichkeiten auf Hochheimgasse 1A noch die tatsächliche Größe der Behindertenwerkstatt (abgebildet war nur die Rechtslage, nicht der viel kleinere Bestand!) ersichtlich waren.
- Die irreführenden Angaben der Betreiberin Frau Mag. Bettina Breiteneder, die den MandatarInnen des Bezirks-Bauausschusses gegenüber am 19. Oktober 2009 eine Stellplatzzahl von 165 für die Tiefgarage angab, während überall sonst die Zahl 210 aufscheint.
- Die Tatsache, dass die (in der Schutzzone gelegene) Bauklasse I-Widmung von der Bevölkerung bisher akzeptiert wurde, weil vor rund 30 Jahren eine soziale Einrichtung, nämlich die Behindertenwerkstatt, gebaut wurde. Eine möglichst hohe Verbauung zu Zwecken der Profitmaximierung wird hingegen von den AnrainerInnen mit großer Mehrheit abgelehnt, zumal jede zusätzliche Wohnung auch zusätzlichen Autoverkehr und zusätzlichen Stellplatzbedarf mit sich bringt.

Von ÖVP und SPÖ gegen die Stimmen von GRÜNEN und FPÖ abgelehnt.

Die BezirksrätInnen Dr. Lore Brandl-Berger, Andrea Diawara, Walter Frank, Mag. Gerhard Jordan, Mag. Bettina Klaninger und Ingrid Risha (GRÜNE) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen prüfen, ob auf der Kuppe des Roten Bergs ein hölzerner Aussichtsturm errichtet werden kann.

BEGRÜNDUNG

Der Rote Berg (269 m) in Hietzing bietet sicher eine der schönsten Aussichten in Wien. Um dies zu betonen, kam aus der Bevölkerung die Idee, einen ca. 7-8 Meter hohen Aussichtsturm auf der Kuppe des Hügels zu errichten.

Ein Vorbild dafür könnte etwa die Kis-hárs-heygi kilátó in Budapest sein, eine in den 1970er-Jahren von dem bekannten ungarischen Architekten Imre Makovecz errichtete Aussichtswarte.

Grünland würde nicht zerstört, da schon jetzt zur Kuppe des Roten Bergs ein asphaltierter Weg führt, und auch die Kosten wären erschwinglich.

Es könnte ein neues, kleines "Wahrzeichen" des 13. Bezirks entstehen, und für BesucherInnen böte sich ein noch eindrucksvolleres Bild.

Zuweisung an die Planungskommission und Antrag gegen die Stimmen der GRÜNEN abgelehnt.

Die BezirksrätInnen Andrea Diawara und Mag. Gerhard Jordan (GRÜNE) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, in der Gesundheits- und Sozialkommission über die Pläne zur Nachnutzung des Afritsch-Heims sowie der Franziska-Fast-Anlage, aus der die dort derzeit wohnhaften Flüchtlingsfamilien mit Jahresende abgesiedelt werden sollen, zu berichten.

BEGRÜNDUNG

Das Gelände des Afritsch-Heims ist ein beliebtes Naherholungsgebiet für die Hietzinger Bevölkerung. Nachdem die Auflösung des Baurechtsvertrag mit der "Volkshilfe" vom Wiener Gemeinderat am 24. September 2009 beschlossen wurde, ist nun primär wieder die Stadt Wien für das Schicksal des Areals verantwortlich.

Um die Mitsprache und Partizipation des Bezirks über die Nachnutzung zu gewährleisten, sollte dieser rechtzeitig über allfällige Pläne und Vorhaben informiert werden.

Gegen die Stimmen der FPÖ Zuweisung an die Sozialkommission, dort behandelt am 16. September 2010: Eine verantwortliche Person, wie im Antrag ausdrücklich gewünscht, war nicht anwesend. Vom Kommissions-Vorsitzenden wurde berichtet, dass es eine Baulandteilung gäbe, Näheres aber nicht bekannt sei. Sobald es dazu Informationen gäbe, würden diese in der Bezirksvertretung bekannt gegeben.

Die BezirksrätInnen Dr. Lore Brandl-Berger, Andrea Diawara, Walter Frank, Mag. Gerhard Jordan, Mag. Bettina Klaninger und Ingrid Risha (GRÜNE) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, auf den Gründen des Afritsch-Heims den Verein "Frauenzeit" bei der Gestaltung eines temporären "Land-Art"-Projektes - im Zeitraum von Mitte August bis ca. Ende September 2010 - zu unterstützen. Dieses Projekt möchte mit Ideen, Fragen und Erinnerungen auf die Besonderheiten des Gebäudes und des Geländes aufmerksam machen und in gestalterischer Weise Natur und Kunst verbinden. Indem auch der Bezirk dieses Kunstprojekt befürwortet, soll den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt werden, wie wichtig die Beziehung Mensch und Natur für den Klimabündnis-Bezirk Hietzing ist.

BEGRÜNDUNG

"Die Internationale Kulturstätte Hörndlwald, ein Haus für Jugendtreffen und Schulungskurse, mit einer großen Lagerwiese und einem Sportplatz, wurde wohl aus dem Geist der sozialistischen Jugendkultur der dreißiger Jahre geschaffen. Heute, auf dem Weg zur Ruine, vermittelt der Bau auch architektonische Träume der fünfziger Jahre: Naturverbundenheit, Öffnung zu Luft, Sonne und Landschaft, aber auch zu den Kulturen der Welt. Gibt es für das ungewöhnliche Bauwerk wirklich keine Verwendung?"

Friedrich Achleitner (Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Band III/2)

Durch das "Land-Art"-Projekt des Künstlerinnenvereins "Frauenzeit" im Spätsommer 2010 soll die Öffentlichkeit in die Entscheidung über die Zukunft des Afritsch-Heims, das 1949/50 von den Architekten Adolf Hoch, Rudolf Böck und Julius Bergmann als Ort der Begegnung konzipiert wurde, einbezogen werden. Die verwilderten Gründe inspirieren zur künstlerischen Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Ortes. Die Künstlerinnen werden ein Vernetzungsmuster aus der gegebenen Örtlichkeit mit ihren natürlichen Ressourcen und mitgebrachten Materialien entstehen lassen.

Am Ende des Projekts sollen wir uns fragen: Finden sich Verbindungen zwischen den entstandenen Kunstwerken, die für das Afritsch-Heim und das umliegende Gelände einen Weg in die Zukunft zeigen oder bleibt alles ein Labyrinth, aus dem wir nicht herausfinden? Durch die Aktion der Künstlerinnen werden die vorbeigehenden Leute in den Denkprozess einbezogen. Mit einer Ausstellung der fertigen Werke wird die Frage um die Zukunft des Afritsch-Heims publik gemacht. Zur Ausstellung ist auch eine Filmreihe geplant, um den Ort über die Medien wieder als Kulturstätte zu präsentieren und vielen BürgerInnen zugänglich zu machen.

Gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Aus der Antwort von Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny vom 7. Juni 2010: "Nach den mir vorliegenden Unterlagen handelt es sich bei diesem Konzept für das Land-Art-Projekt um ein zweifellos gutes Vorhaben, das bei entsprechend zeitgerechter Beantragung auch gute Chancen auf eine Förderung gehabt hätte. Da Wien jedoch aller Orts erfreulicherweise über eine sehr qualitätsvolle und lebendige Kulturszene verfügt, wurden bereits in der ersten Hälfte des heurigen Jahres so viele Projekte unterstützt, dass das dafür bereitgestellte Budget bedauerlicherweise bereits erschöpft ist."

Bezirksrätin Andrea Diawara (GRÜNE) stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, mit dem Bau des in Speising geplanten Kindergartens zu beginnen, um für die Hietzinger Familien die dringend notwendigen Kindergartenplätze zu schaffen.

BEGRÜNDUNG

Durch die Reduzierung an Betreuungsplätzen in einem Hietzinger Privatkindergarten kam es zu Engpässen für die ab Herbst 2010 zu betreuenden Kinder.

Damit das nicht wieder passiert und der große Bedarf an Kinderbetreuung gedeckt werden kann, ist es notwendig, rasch den mit Plandokument Nr. 7847 (vom Wiener Gemeinderat am 24. September 2009 einstimmig beschlossen) gewidmeten Kindergarten im Bereich Kugygasse/Peschkaweg zu errichten.

Einstimmig angenommen.

Antwort von Stadtrat Oxonitsch vom 15. Juni 2010: Es wurden bereits viele Standorte geprüft, um im 13. Bezirk auch zusätzliche städtische Kinderbetreuungsplätze zu schaffen. Leider sind diese Projekte entweder an Einsprüchen seitens der Anrainer oder durch schlechte Standortbedingungen für einen Kindergarten gescheitert. Die Anzahl der Betreuungsplätze in privaten Kindergärten wurde jedoch im Zeitraum von 2006 bis 2010 um ca. 110 Plätze erhöht. Der Versorgungsgrad im 13. Bezirk liegt derzeit bei den Krippenkindern (0-3 Jahre) bei rund 33% und bei den Kindergartenkindern (3-6 Jahre) sogar bei 101% und somit schon jetzt beim Barcelonaziel bzw. darüber. Trotz der guten Versorgungssituation ist auch in Hietzing die Errichtung eines neuen Kindergartens vorgesehen, dies dokumentiert das starke Engagement der Stadt Wien im Bereich des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen. Ein weiterer Ausbau ist insbesondere im Bereich der Krippenplätze geplant. Die Voraussetzungen für einen Kindergarten am Standort Kugygasse/Kraelitzgasse sollen im Rahmen eines 2010 beginnenden Architekturwettbewerbes entwickelt werden. An diesem Standort ist die Errichtung eines 6-gruppigen Kindergartens geplant.

Bezirksrat Mag. Gerhard Jordan (GRÜNE) stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht sich dafür einzusetzen, dass die hässlichen, "Panzersperren" gleichenden Gehsteigabgrenzungen zur Fahrbahn der Westeinfahrt (Hietzinger Kai) im Bereich der Station Ober St. Veit durch ästhetisch anspruchsvollere Einrichtungen, die den gleichen Zweck erfüllen, ersetzt werden.

BEGRÜNDUNG

Die Situation für FußgängerInnen ist im Bereich der U4-Station Ober St. Veit trotz zahlreicher Umbauten in den letzten Jahren noch immer nicht zufriedenstellend: Die Überquerung des Hietzinger Kais in der Verlängerung der Preindl-Steigs (von Norden kommend) ist mangels Schutzwegs nahezu lebensgefährlich, oder aber mit einem Umweg plus längerer Wartezeit bei der Fußgängerampel zur Bushaltestelle verbunden. Am Ende der Franz-Boos-Gasse wurde erst kürzlich der zweite, stadteinwärts gelegene Schutzweg (zum alten Stationsgebäude hin) aufgelassen. Zwar erfolgte dies aus Gründen der Verringerung der Bus-Wartezeiten, doch ist leider der verbleibende Schutzweg der für FußgängerInnen umständlichere.

Zu diesen Hindernissen kommt auch noch eine "Beleidigung für das Auge", nämlich eine geschlossene, nur kurz unterbrochene Front von grauen, an Panzersperren oder an den einstigen "Eisernen Vorhang" erinnernden Betonelementen, von Höhe Franz-Boos-Gasse bis Höhe Preindlgasse, die offensichtlich ein Überqueren des Hietzinger Kais durch FußgängerInnen abseits der Schutzwege verhindern soll.

Eine ästhetisch sensiblere Gestaltung - sei es durch einen Austausch gegen weniger klobig wirkende Leitschienen, sei es durch Poller mit Ketten oder wenigstens durch eine Bemalung der grauen Front (z.B. legale Überlassung der Flächen an die "Sprayer-Szene") - wäre dem stark frequentierten Verkehrsknoten Ober St. Veit gewiss nicht abträglich.

Einstimmige Zuweisung an die Verkehrskommission, dort behandelt am 19. Mai 2010: Die Gehsteigabgrenzungen sind ein Provisorium, über die Neugestaltung wird im Herbst eine Ortsverhandlung stattfinden.

Die BezirksrätInnen Mag. Gerhard Jordan und Andrea Diawara (GRÜNE) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen die Situation nach der Änderung der Verkehrsorganisation im Bereich äußere Auhofstraße/Stampfergasse bis zum Sommer 2010 evaluieren und, wenn die Ziele der Maßnahmen nicht erreicht wurden, das Halteverbot wieder rückgängig machen.

BEGRÜNDUNG

Im Februar 2010 wurden AnrainerInnen des Bereichs Auhofstraße/Stampfergasse in Hacking informiert, dass als Ergebnis einer im Sommer 2009 durchgeführten Befragung die Schaffung einer Geradeausfahrspur in der Auhofstraße ab ONr. 242 durch Verordnung von Halteverboten umgesetzt werde. Auf der nördlichen Seite der Auhofstraße zwischen den Ordnungsnummern 242 und 250 wurde werktags von 7:30 bis 9:00 Uhr und von 16:00 bis 18:00 Uhr eine zweite Fahrspur zum Abbiegen nach Norden in die Stampfergasse (Richtung Westeinfahrt bzw. Penzing) geschaffen.

Laut Beobachtungen der unmittelbaren AnrainerInnen soll sich zwar deren Lebensqualität verschlechtert, die Verkehrssituation aber nicht verbessert haben. Es gibt nach wie vor Stau, weil das "Nadelöhr" Richtung 14. Bezirk, die Stampfergasse, weiterhin belastet ist. Es sollte daher mittels Verkehrszählungen etc. geprüft werden, ob die Maßnahme sinnvoll war, und wenn nicht, dann das Halteverbot wieder aufgehoben werden.

Einstimmige Zuweisung an die Verkehrskommission, dort behandelt am 19. Mai 2010: Eine Evaluation ist im Gange und wird voraussichtlich etwa ein halbes Jahr dauern. An der Ampelschaltung bei der Westeinfahrt wird sich jedoch nichts ändern.

Die BezirksrätInnen Mag. Gerhard Jordan und Andrea Diawara (GRÜNE) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, in der Wittgensteinstraße im Bereich der Kreuzung mit der Nöstlberggasse geeignete Maßnahmen zu prüfen, um die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen zu verbessern, eine Reduktion der Lärmbelastung der AnrainerInnen herbeizuführen und insbesondere eine Reduktion der gefahrenen Geschwindigkeit zu erreichen. Eine Umsetzung dieser Maßnahmen ist gemeinsam mit den Bezirksvertretungen bzw. Verkehrskommissionen von Hietzing und Liesing anzustreben.

BEGRÜNDUNG

Obwohl es sich um reines Wohngebiet handelt, wird der oben angeführte Bereich häufig von Durchzugsverkehr genutzt. Die gefahrenen Geschwindigkeiten und die Anzahl der Fahrzeuge sind teilweise sehr hoch, was zu einem Sicherheitsrisiko und zu Lärmbelastung für die AnrainerInnen führt.

Ein ähnlich lautender Antrag, der auf die Initiative von BürgerInnen aus der Wittgensteinstraße zurück geht, wurde der Verkehrskommission des 23. Bezirks zugewiesen. Trotz des Linienbusverkehrs sollte die Wittgensteinstraße auf ihrer gesamten Länge verkehrsberuhigt werden (Tempo 30, bauliche Maßnahmen gegen Rasen mit überhöhter Geschwindigkeit). Dadurch würde auch die Attraktivität als Durchzugsstraße sinken.

Bereits im Jahr 2003 haben sich die Grünen in Hietzing und Liesing mit Anträgen für Maßnahmen zur Einhaltung von Tempo 30 im östlichen Abschnitt der Wittgensteinstraße eingesetzt. Die Ergebnisse einer Tempomessung auf Liesinger Seite im Jahr 2004 sollen dem Vernehmen nach "verloren gegangen" sein.

Es wäre an der Zeit, eine gemeinsame Sitzung der Verkehrskommissionen des 13. und 23. Bezirks (wie es sie auch schon zwischen den 13. und 14. Bezirk gegeben hat) einzuberufen, bei der die Bezirksgrenze überschreitende Verkehrsfragen besprochen und in der Folge einer Lösung zugeführt werden können.

Einstimmige Zuweisung an die Verkehrskommission, dort behandelt am 19. Mai 2010: Es gab bereits eine Ortsverhandlung. Weitere Maßnahmen werden von ÖVP, SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der GRÜNEN abgelehnt.

Bezirksrätin Dr. Lore Brandl-Berger (GRÜNE) stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, das Halteverbot auf dem Bankett neben dem Haus 1130 Wien, Eitelbergergasse 24, auf seine Notwendigkeit zu überprüfen. Ich ersuche um Zuweisung zur Verkehrskommission.

BEGRÜNDUNG

Die Firma, die für das Halteverbot bezahlt haben soll, ist aus dem Haus Eitelbergergasse 24 ausgezogen, das Halteverbot besteht aber immer noch.

Einstimmige Zuweisung an die Verkehrskommission, dort behandelt am 19. Mai 2010: Es soll eine Ortsverhandlung stattfinden.

Bezirksrat Walter Frank (GRÜNE) und BR Ing. Mag. Friedrich UNTERWIESER (SPÖ) stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert, den vorhandenen Bezirksentwicklungsplan für den 13. Bezirk mit der Planungskommission des Bezirkes zu überarbeiten.

Wichtige Bestandteile des Planes sollen ein Bezirks-Verkehrskonzept, ein Bezirks-Grünlandkonzept und ein Bezirks-Baulandkonzept sein.

Dabei ist vor allem auf künftig mögliche Schwerpunkte und zu erwartende Entwicklungen Bedacht zu nehmen.

Weiters ist auf Klimabündnisbelange in den Entwicklungsausarbeitungen Rücksicht zu nehmen.

BEGRÜNDUNG

In der letzten Zeit sind wir von einigen Entwicklungen im Bezirk und bezirksübergreifenden Einflüssen überrascht worden. Da in einzelnen Gremien bereits vor einiger Zeit die Notwendigkeit eines Verkehrskonzeptes erkannt wurde, sollte im Sinne der Bezirksbevölkerung umgehend und umfassend auf die Bezirksnotwendigkeiten Rücksicht genommen werden.

Gegen die Stimmen der FPÖ mehrheitlich angenommen. Das Konzept soll unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Pläne in der Planungskommission überarbeitet werden.

Antwort von Planungsstadtrat Schicker vom 11. Juni 2010: Die Expertise der mit Planung befassten Abteilungen steht dem Bezirk für eventuelle Adaptierungsarbeiten an Bezirksentwicklungsplänen zur Verfügung; wie wohl die Bezirksentwicklungspläne durch die Zielgebiete abgelöst wurden.

Bezirksrat Walter Frank (GRÜNE) stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgende

ANFRAGE
an den Herrn Bezirksvorsteher
betreffend die Verwendung des Öffentlichkeitsarbeits-Budgets im Jahr 2009

- 1.) Welche genauen Ausgaben wurden im Jahr 2009 aus dem Posten "Information und Öffentlichkeitsarbeit" des Hietzinger Bezirksbudgets getätigt (19.664,07 € laut Bezirks-Rechnungsabschluss 2009)? Bitte um detaillierte Auflistung aller Einladungen, Inserate und sonstiger Ausgaben.
- 2.) Wann genau sind Inserate in welchen Medien erschienen und wie viel haben sie gekostet?
- 3.) Welche Veranstaltungen wurden aus dem Öffentlichkeitsarbeits-Budget 2009 beworben und wann haben sie stattgefunden?

BEGRÜNDUNG

Im Sinne der Transparenz ist es wichtig, über die genauen Ausgaben unter diesem Budgetposten Bescheid zu wissen und insbesondere die überparteiliche Verwendung der Mittel zu gewährleisten.

Mündliche Antwort des Bezirksvorstehers:

Die 19.664 € Gesamtausgaben teilten sich wie folgt auf:

Jahresbetreuung Bezirks-Homepage durch Christoph Mandl	€ 4.398,76
Druckkostenbeitrag an BZ für Bezirksfestwochen (20.5.)	€ 3.701,13
Druckkostenbeitrag Zeitschrift "David" (31.3., 30.6., 4.9. und 7.12.)	€ 2.400,-
Inserat in der BZ anlässlich der Europaparlamentswahl (20.5.)	€ 1.986,05
Benennungsfeier Wüllenweber/Jordan-Platz, Tonanlage etc. (13.10.)	€ 1.939,18
Ankauf 100 Bücher "Hinter den Mauern des Vergessens"	€ 1.500,-
Übersetzung bei Besuch von Partnerorganisation aus Japan	€ 1.300,-
Informationsveranstaltung zur Wattmannngasse (18.11.)	€ 550,28
Inserat mit Weihnachtswünschen (23.12.)	€ 491,93
Inserat in der BZ-Jubiläumsausgabe (28.1.2009)	€ 466,47
Inserat Bezirkspläne (November 2009)	€ 448,14
Festakt Eröffnung Klimt-Villa-Flachbau, Fotoarbeiten (27.6.)	€ 400,-
Infotafel Klimabündnis-Beitritt	€ 82,-

Bezirksrätin Andrea Diawara (GRÜNE) stellt in der Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing am 28. April 2010 folgende

ANFRAGE
an den Herrn Bezirksvorsteher
betreffend Gutachten über Baumfällungen an der Nazarenerwiese

1. Warum wurden 41 Bäume am öffentlichen Grund Nazarenerwiese in der Wlassakstraße gefällt? War der Grund das Bauvorhaben am Nachbargrundstück oder das Gutachten der MA 42, das die Bäume als verkehrsgefährdend eingestuft hat?
2. Warum wurde der Opposition die Einsicht in dieses Gutachten verwehrt?
3. Warum wurde in der letzten Bezirksvertretungssitzung am 24. Februar 2010 zwar über die Fällungen berichtet, nicht aber über die Anzahl der Bäume und den Widerstand der BürgerInnen?
4. Warum wurde das Gutachten, das die AnrainerInnen in Auftrag gegeben hatten, bei der AnrainerInnenversammlung nicht zugelassen?
5. Wussten Sie, dass die Bäume Lebensraum von 20 verschiedenen Vogelarten, Dachsen und Eichhörnchen waren?

BEGRÜNDUNG

Da auf öffentlichem Grund, auf der beliebten Nazarenerwiese an der Wlassakstraße, 41 Bäume gefällt wurden, wogegen sich die AnrainerInnen vehement zur Wehr setzten und in ihren BürgerInnenrechten verletzt fühlten, ist es notwendig, die genauen Hintergründe dieses Vorgehens zu hinterfragen.

Mündliche Antwort des Bezirksvorstehers:

Ich verweise auf meine Mitteilung in der Bezirksvertretungssitzung am 24. Februar 2010, in der über die gültige Baubewilligung und über die Garage, deren Einfahrt an die Grundgrenze reicht, berichtet wurde. Es konnte eine Lösung gefunden werden. Ein Schreiben an die Bevölkerung wurde verschickt, der Widerstand entstand erst später.

Ad 1.) Es gibt kein Gutachten wegen Verkehrsgefährdung, nur eines auf Grund des Bauvorhabens.

Ad 2.) Das Gutachten ist Privateigentum des Antragstellers.

Ad 3.) Ich habe gesagt, dass eine "große Anzahl von Fällungen" nötig ist.

Ad 4.) Mir wurde kein Gutachten übergeben.

Ad 5.) Der Lebensraum für die Tiere wird wieder erstehen.

(Anmerkung Bezirksrätin Andrea Diawara/GRÜNE: Der Konsens betraf nur die Fällung von 30 Bäumen, nicht von 41. AnrainerInnen, die darauf hinwiesen, wurden mit Poizei-Androhung verjagt. Laut Umweltinformationsgesetz wäre das Gutachten offenzulegen, da die Nazarenerwiese öffentlicher Grund ist)